

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
IV D AS 1

Berlin, den 24. März 2025
9028 3501

Marc.Schwietring@senjustva.berlin.de

2026 CT

An
den Vorsitzenden des Hauptausschusses
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin
über
Senatskanzlei – G Sen –

**Berichtsauftrag 2026 BK-1 – Folgebericht zum Bericht SenASGIVA – vom 04.12.2024
„Rettungsmechanismus“ für Antisemitismusprojekte
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 05.03.2025)**

Rote Nummer 2026 BK-1

Vorgang: Auftrag aus Beschlussprotokoll, vorläufige Fassung Hauptausschuss 73. Sitzung vom 05. März 2025 Punkt 28 der Tagesordnung, Bericht Vergabe Rechtsgutachten Paritätsgesetz

Ansätze:	Kapitel 1130 Titel 68406	
	abgelaufenes Haushaltsjahr:	2024 29.173.000 €
	laufendes Haushaltsjahr:	2025 29.889.000,00 €
	kommendes Haushaltsjahr:	entfällt
	Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres:	2024 24.988.272,01 €
	Verfügungsbeschränkungen*:	2025 2.800.000,00 €
	Aktuelles Ist (Stand 14.03.2025)	4.788.991,17 €

* gemäß Anlage 9 Nachtragshaushaltsgesetz 2024/2025 2,5 Mio. € qualifiziert gesperrt und 300 T € zur Auflösung der dezentralen PMiA 2025

Gesamtausgaben entfällt

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„SenASGIVA wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 02.04.2025 zu erläutern, mit welchen Mitteln der „Rettungsmechanismus“ für Antisemitismusprojekte ausgestattet wird und welche Projekte aus diesem finanziert werden sollen.

(eilvernehmlich; auf Antrag GRÜNE)“

Ich bitte, den Beschluss mit nachfolgender Darstellung als erledigt anzusehen.

Hierzu wird berichtet:

Die LADS hat angesichts der Kürzungen umgehend geprüft, wie bei der Bildungsverwaltung aus der Förderung fallende Projekte unterstützt werden könnten. Da der SenASGIVA zu diesem Zweck keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stehen, müssen die hier benötigten Ressourcen aus bestehenden Förderprogrammen der LADS aufgebracht werden. Daher können Projekte nur in einem beschränkten Umfang aufgefangen werden. Die hier berücksichtigten Projekte arbeiten zu verschiedenen Formen von Diskriminierung und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bzw. zur Förderung eines demokratischen Zusammenlebens. Einen spezifischen Ansatz zur Prävention von Antisemitismus verfolgt das Projekt „Praxisstelle Bildung und Beratung“ des Trägers Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) e.V. Dieses Projekt erhält ab 01.04.2025 zusätzlich 113.498 Euro aus Mitteln der LADS/SenASGIVA. Ebenso erhält das Projekt „meet2respect“ des Trägers meet2respect gUG ab 01.04.2025 zusätzlich 125.000 Euro aus Mitteln der LADS/SenASGIVA.

Cansel Kiziltepe
Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung